

Medienkonferenz zur Staatsrechnung 2008

Mittwoch, 1. April 2009, 10.00 Uhr, Finanz- und Kirchendirektion, Liestal

Referat von Regierungspräsident Adrian Ballmer

Vorstellung der Teilnehmenden der FKD

Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Medien

Wir präsentieren Ihnen heute die Staatsrechnung 2008 des Kantons Basel-Landschaft in einer schwierigen Zeit. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise trifft nun auch die Schweiz und den Kanton Basel-Landschaft langsam, aber sicher. Die Gewinne gehen zurück, die Zahl der Konkurse nimmt zu und immer mehr Firmen müssen Kurzarbeit anordnen. Doch es gibt auch positive Meldungen. Der private Konsum bildet nach wie vor eine Stütze der Wirtschaft, und es werden immer noch bedeutende Investitionen getätigt, so zum Beispiel kürzlich in Laufen durch die Firma Similor AG, die dort eine neue Produktionsstätte und ein neues Verwaltungsgebäude errichtet und damit 120 Arbeitsplätze schafft.

Eine positive Meldung bildet auch der Abschluss der Staatsrechnung 2008 des Kantons Basel-Landschaft **(Folie 2)**. Mit einem Ertragsüberschuss von 2.2 Mio. Franken liegt die Rechnung 2008 etwa im Budget. Der Rechnungsabschluss ist **zufriedenstellend**. Das gute operative Ergebnis wurde durch die globale Finanzkrise negativ beeinflusst. Die Auswirkungen der Finanzkrise sind im Rechnungsabschluss insofern spürbar, als dass sich

der historische Kurssturz an den Börsen massiv auf die Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) ausgewirkt hat. Dies hat dazu geführt, dass wir die Rückstellungen für die Ausfinanzierung der Deckungslücke erhöht haben. Die Baselbieter Staatsrechnung 2008 enthält deshalb eine Erhöhung der Rückstellungen für Prozessrisiken und für die Ausfinanzierung der Deckungslücke der BLPK im Umfang von 83.6 Mio. Franken. Ohne diesen Rückstellungsbedarf wäre ein Rechnungsabschluss auf dem Niveau des Vorjahres (22.5 Mio. Franken) möglich gewesen.

Neben der Deckungslücke der BLPK haben eine Reihe von weiteren Faktoren die Rechnung 2008 **massgeblich beeinflusst**:

- Zusätzliche Steuererträge aus Vorjahren bei der Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- und Kapitalsteuer im Umfang von 38.7 Mio. Franken - insgesamt liegen die Erträge aus dem Bereich Steuern um 44.3 Mio. Franken über den Erwartungen;
- Mehreinnahmen aus Pflögetaxen und Erträgen aus medizinischen Leistungen in der Höhe von 22.9 Mio. Franken;
- Eine Budgetunterschreitung beim Personalaufwand in der Höhe von 12 Mio. Franken;
- Ein höherer Anteil an der Verrechnungssteuer im Umfang von 12.1 Mio. Franken;
- 25.7 Mio. Franken weniger Bundesbeiträge in diversen Bereichen;
- Mehrausgaben beim medizinischen Verbrauchsmaterial und bei den Arzthonoraren / medizinischen Fremdleistungen Spitalbetriebe in der Höhe von 11.1 Mio. Franken.

Interessant ist ein Blick auf die Struktur der Ertrags- und der Aufwandseite der Laufenden Rechnung (Folie 3). Beim **Ertrag** bilden die Steuern und die Entgelte erwartungsgemäss die mit Abstand grössten Einnahmequellen. Finanzverwalterin Yvonne Reichlin wird Ihnen in Ihrem Referat Details zur Aufwandseite und zur Ertragsseite erläutern. Ich konzentriere mich für den Moment auf den **Aufwand nach Direktionen**, also die rechte Säule von unten nach oben.

Bei der **Finanz- und Kirchendirektion** (FKD 881.5 Mio. Franken) stehen fünf Positionen im Vordergrund:

- Finanzausgleich an Gemeinden: 81.8 Mio. Franken;
- Erhöhung / Bildung von Rückstellungen: 93.5 Mio. Franken;
- Erlös aus dem Verkauf von Zertifikaten der Kantonalbank (Einlage in Fonds): 194.5 Mio. Franken;
- Beiträge an private Haushalte (EL AHV / IV): 132.7 Mio. Franken;
- Prämienverbilligungen gemäss KVG: 92.5 Mio. Franken.

Bei der **Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion** (VGD 715.2 Mio. Franken) bilden erwartungsgemäss die Spitäler die grössten Aufwandpositionen:

- Kantonsspital Liestal: 196.6 Mio. Franken;
- Kantonsspital Bruderholz: 189.0 Mio. Franken;
- Kantonsspital Laufen: 32.0 Mio. Franken;
- Kantonale Psychiatrische Dienste: 95.2 Mio. Franken;
- Beiträge an landwirtschaftliche Produzenten / Organisationen: 50.8 Mio. Franken.

Bei der **Bau- und Umweltschutzdirektion** (BUD 382.1 Mio. Franken) bilden zwei Positionen grosse Aufwandbrocken:

- Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen: 73.4 Mio. Franken und ausserordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen: 75.1 Mio. Franken (Werkhöfe / Nationalstrassen);
- Beiträge an den Öffentlichen Verkehr: 65.0 Mio. Franken.

Bei der **Sicherheitsdirektion** (SID 166.3 Mio. Franken) ist in erster Linie der Personalaufwand für die Polizei (65.6 Mio. Franken) von Bedeutung.

Und zum Schluss die **Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion** (BKSD 858.4 Mio. Franken). Da stehen sechs Positionen im Vordergrund:

- Gesamtaufwand für Sekundarschulen: 201.3 Mio. Franken;
- Beiträge Universität Basel: 131.6 Mio. Franken;
- Beiträge Fachhochschule Nordwestschweiz: 50.5 Mio. Franken;
- Beiträge an KV BL: 34.1 Mio. Franken;
- Beiträge an Heime und Sonderschulen: 84.5 Mio. Franken;
- Beiträge an Einrichtungen für behinderte Erwachsene: 61.7 Mio. Franken.

Soviel zu den grössten Aufwandpositionen je Direktion. Ich komme jetzt zur Investitionsrechnung.

Investitionsrechnung

In der Investitionsrechnung werden das budgetierte Ausgabenvolumen (226.0 Mio. Franken) um 62.6 Mio. Franken (27.7 Prozent) und die budgetierten Investitionseinnahmen (96.2 Mio. Franken) um 43.3 Mio. Franken (45.0 Prozent) **unterschritten**. Die daraus resultierenden Nettoinvestitionen in der Höhe von 110.5 Mio. Franken liegen um 19.3 Mio. Franken unter dem Budget 2008. Gegenüber der Rechnung 2007 nehmen die Nettoinvestitionen um 11.2 Mio. Franken ab.

Der Rückgang bei den Investitionen ist auf der **Folie 4** ersichtlich. Die für die Wirtschaft und das Gewerbe bedeutenden Investitionen im weiteren Sinne - also die Bruttoinvestitionen und die Beiträge an Investitionen Dritter - sind im Jahr 2008 mit 188 Mio. Franken auf das Niveau von 2003 und 2004 zurückgefallen. Der Rückgang fällt gegenüber dem Budget 2008 (269 Mio. Franken) stärker aus als gegenüber der Rechnung 2007 (257 Mio. Franken).

Die grössten **Minderausgaben** in der Rechnung 2008 **im Vergleich zum Budget 2008** sind:

- im Bereich Tiefbau bei der H2 Pratteln - Liestal: -18.4 Mio. Franken; die Abweichung resultierte aufgrund von Bauverzögerungen;
- im Bereich Tiefbau beim Betrieb und bei der Erhaltung der Hochleistungsstrassen sowie bei der Planung und der Realisierung des kantonalen Strassennetzes: -14.7 Mio. Franken;

- im Bereich Hochbau beim Neubau des UKBB: 50%-Anteil BL -12.9 Mio. Franken; der verzögerte Baubeginn hatte Konsequenzen auf den Zahlungsplan und damit auf die Ausschöpfung des Budgets;
- im Bereich Hochbau beim Kantonsspital Bruderholz: KSB Sicherheitsmassnahmen und KSB 2000 Plus -6.1 Mio. Franken.

Zudem sind diverse Teilprojekte aufgrund eines höheren Planungsaufwands verzögert worden. Ein Baustellenstopp während der Euro 2008 hat verschiedene Ausführungsarbeiten zusätzlich reduziert. Dieser Umstand führte zu Mutationen in den Zahlungsplänen.

Die **Minderausgaben im Vergleich zur Rechnung 2007** sind vor allem auf den baulichen Unterhalt der kantonalen Hochleistungsstrassen und der Nationalstrassen zurückzuführen (Rechnung 2008: 25.9 Mio. Franken, Rechnung 2007: 99.3 Mio. Franken). Mit dem Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) ging die Zuständigkeit für die Hochleistungsstrassen per 1. Januar 2008 voll und ganz an den Bund (ASTRA) über. Die Minderausgaben durch diese Übernahme betragen brutto rund 67 Mio. Franken.

Den grössten Brocken bei den **Mindereinnahmen** in der Rechnung 2008 im Vergleich zum Budget 2008 stellen die budgetierten Fondsbeiträge für den Neubau des Universitätskinderspitals beider Basel (UKBB) dar (31 Mio. Franken).

Die **Investitionen im weiteren Sinne** verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Bereiche **(Folie 5)**:

- Insgesamt entfallen 98.9 Mio. Franken oder 52 Prozent der Investitionen auf den **Tiefbau**. Die vom Betrag her bedeutendsten Vorhaben sind die H2 Pratteln - Liestal mit 26.6 Mio. Franken, die Umfahrung Sissach mit 7.9 Mio. Franken, der Betrieb und die Erhaltung der Hochleistungsstrassen mit 22.6 Mio. Franken sowie die Planung und die Realisierung des kantonalen Strassennetzes mit 22.4 Mio. Franken.
- Der **Hochbau** beansprucht 31.4 Mio. Franken oder 17 Prozent der Investitionen. Die grösste Investition stellt der Neubau des Universitätskinderspitals beider Basel (UKBB) dar mit 15.1 Mio. Franken (50%-Anteil BL). Sicherheitsmassnahmen beim Kantonsspital Bruderholz beanspruchten insgesamt 4.2 Mio. Franken.
- Auf den **Öffentlichen Verkehr** entfallen 8.5 Mio. Franken oder 5 Prozent der Investitionen. 6.9 Mio. Franken wurden im Rahmen des Bahnhofsausbau- und Bahnhofsneubauprogramms investiert.
- Der Anteil des Bereichs **Abwasser / Abfall / Energie** an den gesamten Investitionsausgaben beträgt 12.9 Mio. Franken oder 7 Prozent. Die grössten Vorhaben in diesem Bereich sind die Mischwasserbehandlung der Region Birstal mit 4.0 Mio. Franken, die Biologiesanie rung der ARA Ergolz 2 mit 2.4 Mio. Franken sowie die Erhaltungs massnahmen und der Ausbau der ARA Birs 2 mit 2.1 Mio. Franken.
- In den Bereich **Spitäler / Heime** sind im Rechnungsjahr 13 Prozent der Investitionen oder 24.6 Mio. Franken geflossen. Der grösste Bro cken entfällt mit 5.6 Mio. Franken auf bauliche Investitionen in den Spitälern.

- Auf **diverse andere Bereiche** fallen gesamthaft 12.0 Mio. Franken (6 Prozent). In das Sicherheitsfunknetz Polycom wurden im Rechnungsjahr 9.7 Mio. Franken investiert.

Die **Beiträge an Investitionen Dritter** belaufen sich in der Rechnung 2008 auf insgesamt 24.9 Mio. Franken. Die Beiträge sind im Detail wie folgt verteilt:

- Beiträge an Alters- und Pflegeheime: 14.4 Mio. Franken;
- Bahnhofsausbau- und Bahnhofsneubauprogramm: 6.9 Mio. Franken;
- Kantonales Sportanlagenkonzept KASAK II: 2.2 Mio. Franken;
- Diverse: 1.4 Mio. Franken.

Die grössten Investitionsprojekte haben wir auf der **Folie 6** zusammengestellt.

Ich komme zum Abschluss des Investitionsteils noch zu einer **Änderung bei der Finanzierung von zwei Investitionsvorhaben**. Das Investitionsprogramm 2010 - 2018 zeigt auf, dass ein grosser Überhang an Investitionsvorhaben besteht. Die Zielgrösse von 200 Mio. Franken (Nettoinvestitionen zuzüglich Beiträge an Investitionen Dritter) würde in den Jahren 2010 bis und mit 2016 überschritten und in den Jahren 2011 und 2012 mit 428 bzw. 433 Mio. Franken den Höhepunkt erreichen. Der Regierungsrat wird eine Verzichtsplanung im Bereich des Investitionsprogramms vornehmen, wobei laufende Projekte nicht Gegenstand der Verzichtsplanung sein werden, da diese möglichst ohne Unterbruch zu Ende geführt werden sollen.

In Anbetracht der nicht ausgeschöpften Budgetkredite im Jahr 2008 und des grossen Überhangs an Investitionsvorhaben in den kommenden Jahren, ist in der Rechnung 2008 eine Änderung bei der Finanzierung von folgenden zwei Investitionsvorhaben vorgenommen worden, welche sonst aus Vorfinanzierungen (Reserven) finanziert worden wären:

- Projekt Neubau Kantonsspital Bruderholz
(Finanzierung via Fonds 8040 Neubau Kantonsspital Bruderholz)
Rechnungsbetrag 2008: 1'092'475.27 Franken;
- Projekt Neubau Universitätskinderspital beider Basel (UKBB)
(Finanzierung via Fonds 8010 Erlös aus dem Verkauf von Kantonalbank-Zertifikaten)
Rechnungsbetrag 2008: 15'085'415.40 Franken.

Mit anderen Worten und kurz gesagt: Die 16.2 Mio. Franken sind nicht aus den beiden Fonds genommen worden, sondern zur Schonung und Entlastung der Fonds aus der Laufenden Rechnung finanziert worden.

Der Landrat hat die Fondsfinanzierung bei diesen Projekten im Rahmen der Vorlagen zu den Verpflichtungskrediten jeweils zur Kenntnis genommen (vgl. LRV 2005 / 125 und LRV 2007 / 125). Mit der Fondsfinanzierung können zukünftige Rechnungen entlastet werden. Da die Fonds zur vollständigen Finanzierung der Investitionsvorhaben nicht ausreichen werden, sind sie nun in der Rechnung 2008 entlastet worden.

Mit dieser Änderung bei diesen beiden Finanzierungen sind die Nettoinvestitionen in der Rechnung 2008 um 16.2 Mio. Franken erhöht worden. Diese Buchungen sind im Abschluss 2008 bereits enthalten.

Selbstfinanzierung / Finanzierungssaldo / Eigenkapital

Selbstfinanzierung (Saldo Laufende Rechnung plus Abschreibungen Verwaltungsvermögen)

Die Selbstfinanzierung fällt mit 189.3 Mio. Franken um 88.5 Mio. Franken besser aus als budgetiert und übersteigt den Vorjahreswert um 53.6 Mio. Franken. Die Selbstfinanzierung reicht im Jahr 2008 aus, um die Nettoinvestitionen vollständig zu finanzieren.

Finanzierungssaldo (Selbstfinanzierung abzüglich Nettoinvestitionen)

(Folie 7)

Der Finanzierungssaldo weist einen positiven Wert von 78.7 Mio. Franken aus; budgetiert war ein Wert von -29.2 Mio. Franken. Bei der Vorjahresrechnung lag der Finanzierungssaldo bei 13.9 Mio. Franken.

Selbstfinanzierungsgrad (Selbstfinanzierung im Verhältnis zu Nettoinvestitionen) (Folie 8)

Das nicht ausgeschöpfte Investitionsbudget und die hohen Abschreibungen führen zu einem Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen von über 170 Prozent. Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen beläuft sich für das Jahr 2008 auf 171.2 Prozent und überschreitet somit den budgetierten Wert von 77.5 Prozent massiv und den Wert der Vorjahresrechnung von 111.5 Prozent deutlich. Der empfohlene Wert, wonach im mehrjährigen Durchschnitt der jeweiligen Finanzplanperiode ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 75 Prozent zu erreichen ist, ist damit erfüllt.

Eigenkapital

Das Eigenkapital erhöht sich leicht von 208.1 Mio. Franken (Rechnung 2007) auf 210.3 Mio. Franken.

Gesamtübersicht

Auf der **Folie 9** haben wir die Zusammenhänge zwischen Laufender Rechnung, Investitionsrechnung, Finanzierungsrechnung und Bilanz grafisch dargestellt. Die Übersicht verdeutlicht mit Hilfe der Pfeile das Zusammenspiel der verschiedenen Rechnungen.

Ich gebe das Wort nun weiter an Finanzverwalterin Yvonne Reichlin. Sie erläutert Ihnen weitere Einzelheiten zur Staatsrechnung 2008.

Teil 2 Politische Würdigung der Staatsrechnung 2008

Ein Ertragsüberschuss von 2.2 Mio. Franken ist ein zufriedenstellender Abschluss der Staatsrechnung 2008. **Der Kanton Basel-Landschaft steht gut da:**

- Wir konnten in den vergangenen Jahren die Schulden markant und stetig abbauen;
- Der Kanton verfügt über solide Bonitätsratings - nicht nur von Standard & Poor's;
- Baselland ist in der Schweiz ein relativ ressourcenstarker Kanton und Nettozahler bei der NFA und
- Das Baselbiet hat eine überdurchschnittlich hohe Standortqualität, was Steuern, Bildung (hochqualifizierte Arbeitskräfte) und Erreichbarkeit anbetrifft.

Das gute Bild wird nun von den durch die globale **Finanz- und Wirtschaftskrise** geprägten Aussichten für das laufende und das nächste Jahr getrübt. Die Prognoseinstitute haben die Konjunkturprognosen seit dem 4. Quartal 2008 laufend nach unten korrigiert. Die Wirtschaft befindet sich in einer Rezession. Für das Jahr 2009 wird prognostiziert, dass die Wirtschaftsleistung in der Schweiz weiter schrumpft. Ob im Jahr 2010 wieder eine Konjunkturerholung einsetzt, hängt entscheidend von der Stabilisierung des weltwirtschaftlichen Umfelds ab, was derzeit noch mit sehr grosser Unsicherheit behaftet ist. Zum heutigen Zeitpunkt sind die **realwirtschaftlichen Nachwirkungen der Finanzkrise schwer abschätzbar.**

"In der Krise beweist sich der Charakter." Das hat der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt (*1918, 1974 - 1982 Bundeskanzler) kürzlich treffend festgehalten. Jedes Land sucht seinen eigenen Weg aus der Krise. In der Schweiz suchen zusätzlich die Kantone, so auch der Kanton Basel-Landschaft.

Auf **Bundesebene und von verschiedenen Kantonen** wird zur Zeit eine Vielzahl von Massnahmen zur Stützung der Konjunktur diskutiert, beschlossen und umgesetzt¹. Eine Koordination dieser Massnahmen ist bisher nicht erkennbar. Um eine nachhaltige Wirkung erzielen zu können, müssten die Massnahmen von Bund und Kantonen besser koordiniert werden. Ein Teil der Massnahmen des Bundes kann nur unter der Voraussetzung umgesetzt werden, dass eine kantonale Beteiligung in der gleichen Höhe geleistet wird. Ohne diese Kantonsbeteiligung können die zur Verfügung gestellten Bundesmittel nicht eingesetzt werden. Die vom Baslerbieter Regierungsrat am 17. März 2009 eingesetzte kantonale Arbeitsgruppe "Entscheidungsgrundlagen Konjunkturpolitik" soll vor allem hier aktiv werden und für die nötige Koordination sorgen. Es gilt in einem ersten Schritt zu bestimmen, in welchen Bereichen der Kanton die Bundesmassnahmen nutzen kann.

¹ Gemäss einer Umfrage der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren im Dezember 2008, an der sich 20 Kantone beteiligten, haben 8 Kantone bereits Massnahmen als Reaktion auf die konjunkturellen Auswirkungen der Finanzkrise beschlossen. Weitere 9 Kantone wiesen darauf hin, dass sie im Rahmen des Voranschlags 2009 ohnehin ein zum Teil bedeutend höheres Investitionsvolumen gegenüber dem Vorjahr veranschlagen. Namentlich in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Hochbauten (Schulen, Spitäler), Strassenbau, Wasserbau und Hochwasserschutz lösen die Kantone im Jahr 2009 teilweise erhebliche Investitionen aus. Ausserdem werden in verschiedenen Kantonen im Jahr 2009 Steuergesetzrevisionen zugunsten der privaten Haushalte wirksam. Zum Tragen kommen auch in einem Teil der Kantone zusätzliche Massnahmen, die wenigstens einen Teil der Bevölkerung entlasten (u.a. Realloohnerhöhungen für das Staatspersonal, Erhöhung der Verbilligung der Krankenkassenprämien, Abfederung von Strompreiserhöhungen durch Verzicht auf Gewinnablieferungen).

Die **Stabilisierungsmassnahmen des Kantons Basel-Landschaft** sollen sich an **drei Leitlinien** orientieren:

- Erstens müssen die Massnahmen rasch umsetzbar sein, damit sie keine ungewollte prozyklische Wirkung entfalten.
- Zweitens müssen die Massnahmen auf nachhaltige Investitionen oder auf die Stabilisierung des Konsums ausgerichtet sein.
- Drittens müssen die Massnahmen zeitlich befristet werden, um eine dauerhafte Erhöhung der Staatsverschuldung zu vermeiden.

Die grosse Herausforderung wird sein, einerseits **volkswirtschaftliche Anforderungen** (Nachfrage stützen, rezessive Tendenzen nicht verstärken bzw. bekämpfen) und andererseits **betriebswirtschaftliche Anforderungen** (nicht über die Verhältnisse leben, Staatshaushalt im Gleichgewicht halten) unter einen Hut zu bringen. Je nach Dauer der Rezession müssen die Schwergewichte anders gesetzt werden.

Der Kanton Basel-Landschaft will gemäss den Plänen der Regierung primär die automatischen Stabilisatoren² spielen lassen und seine Ausgaben- und Einnahmenpolitik darauf ausrichten. Im laufenden Konjunkturabschwung soll deshalb bewusst auf Steuererhöhungen und auf generelle Ausgabenkürzungen verzichtet werden, damit der Service public stabilisierend wirken kann. Der Kanton will im Abschwung wenn immer möglich auf Massnahmen verzichten, die sich negativ auf den privaten Konsum auswirken können.

² Unter automatischen Stabilisatoren werden vor allem die Arbeitslosenversicherung, die Steuerprogression und verstetigte Staatsausgaben verstanden.

Bei einer länger anhaltenden Rezession müssen die Staatsausgaben verstärkt auf die konjunkturelle Entwicklung und auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Basel-Landschaft ausgerichtet werden. Es wird eine grosse Herausforderung sein, die Ausgaben im Staatshaushalt ohne Verstärkung der rezessiven Tendenzen zu priorisieren. Auch bei schlechter Konjunkturlage gilt das Primat eines gesunden Staatshaushaltes mit moderater Staatsquote, welche unabdingbare Voraussetzungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort sind.

Der Regierungsrat hat **mit dem Budget 2009 bereits drei Ausgaben beschlossen, welche die Nachfrageseite positiv unterstützen** und damit auf einer ersten Stufe stabilisierend wirken:

- Voller Teuerungsausgleich für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung im Ausmass von 2.6 Prozent resp. 42 Mio. Franken;
- Erhöhung der Prämienverbilligungen und Anpassung an die Steigerungen des Prämienniveaus im Umfang von 4 Mio. Franken;
- Erhöhung des Investitionsvolumens um 70 Mio. Franken.

Erlauben Sie mir zum dritten Punkt noch eine Bemerkung. Der Konjunktur nützt es wenig, dass der Kanton für das Jahr 2009 sein Investitionsbudget um 70 Mio. Franken erhöht, wenn er nicht in der Lage ist, die genehmigten Investitionen umzusetzen und das Geld in Umlauf zu bringen. Aus der Tabelle auf der **Folie 16** wird ersichtlich, dass der Kanton Basel-Landschaft **seit dem Jahr 2000 rund 10 Prozent der Investitionsausgaben nicht getätigt** hat, obwohl diese genehmigt waren bzw. sind. Bevor also zusätzliche Konjunkturmassnahmen ergriffen werden, sollen die Voraussetzungen dafür verbessert werden, dass bereits bewilligte Investitionsprojekte terminge-

recht umgesetzt und die entsprechenden Ausgaben auch getätigt werden können.

Mit dem vorhandenen Eigenkapital kann unter Beachtung der Defizitbremse übrigens **eine kurze Phase von Haushaltsdefiziten, die insgesamt die Summe von 108 Mio. Franken umfassen dürfen, überbrückt werden.**

Dank der Bildung von Reserven in den vergangenen Jahren ist ein Investitionsniveau von 200 Mio. Franken (Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter) bis auf weiteres verkraftbar. Diese Massnahmen können stabilisierend auf die Konjunktur wirken.

Die erste Stufe der Planung des Regierungsrates besteht - wie vorhin erwähnt - aus Massnahmen, die mit dem Budget 2009 beschlossen wurden. **Die zweite Stufe der Planung beinhaltet die Realisierung von Projekten, die zeitlich vorgezogen werden können.** Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion hat bereits eine entsprechende Erhebung durchgeführt, und mögliche Massnahmen werden zur Zeit abgeklärt. Diese Stufe soll allerdings nur zum Tragen kommen, wenn sich im Jahr 2010 wider Erwarten keine wirtschaftliche Erholung einstellen sollte. Es geht um ein Investitionsvolumen von rund 40 Mio. Franken. Die Arbeitsgruppe "Entscheidungsgrundlagen Konjunkturpolitik" wird ein entsprechendes Massnahmenpaket unter Berücksichtigung der erwähnten Kriterien und Indikatoren vorbereiten.

Eine **dritte Stufe** soll anschliessend in Angriff genommen werden für den Fall, dass sich die Abwärtsentwicklung über das Jahr 2010 hinaus fortsetzen sollte. Das Ziel dieser Stufe bestünde dann primär darin, die Folgen ei-

ner lang andauernden Krise aufzufangen. Hoffen wir und arbeiten wir daran, dass es nicht soweit kommen wird!

Damit sind wir am Schluss unserer Ausführungen. Für Fragen und Interviews stehen wir Ihnen nun gerne zur Verfügung.